

---

# Soziale Herkunftslinien von Abgeordneten im Wandel

Benjamin Höhne und Melanie Kintz

---

## 1 Einleitung

Verantwortlich für die soziale Zusammensetzung von Parlamenten sind politische Parteien. Die Besetzung öffentlicher Ämter bzw. die Vorbereitung dazu ist eine ihrer Kernaufgaben (vgl. Jun 2013, S. 121). Bei Wahlen präsentieren Parteien den Wählerinnen und Wählern ein personelles Angebot, auf das diese so gut wie gar keinen Einfluss nehmen können.<sup>1</sup> An dieser Personalhoheit der Parteien bei Wahlen hat sich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nichts grundsätzlich verändert. Diese Kompetenz hat, verglichen mit anderen wie etwa die der Artikulation oder der Repräsentation, auch keine nominellen Bedeutungseinbußen im politischen System zu verbuchen (vgl. von Beyme 2001, S. 335; Decker 2015, S. 39). Nach wie vor wird exklusiv in den Parteien entschieden, welche Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkreis oder auf einem Listenplatz bei einer Kommunal-, Landesparlaments-, Bundestags- oder Europawahl antreten und eine realistische Chance haben, ein Mandat zu erringen. Neben diesen Aspekt des Status quo der Abgeordnetenrekrutierung tritt ein weiterer – ungleich schwieriger zu bestimmender – nämlich der der Art und Weise, wie Parteien ihre legislative Rekrutierungsfunktion wahrnehmen. Dabei interessiert in diesem Aufsatz besonders, inwieweit Parteien der sozialen Ausgewogenheit ihrer zukünftigen Abgeordnetenmannschaft bei den Nominierungen Bedeutung beimessen.

---

1 Wer eine bestimmte Partei präferiert, muss mit deren Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen und/oder auf starren Listen vorliebnehmen. Alternativ bleibt nur die Option der Wahl einer anderen Partei, die der Enthaltung oder aber die der ‚ungültigen‘ Stimmabgabe. Möglichkeiten zum Panaschieren und Kumulieren sind in Deutschland mit Ausnahme von Kommunalwahlen wahlrechtlich nicht vorgesehen (vgl. Vetter 2013).

Dass es nicht unbedingt zum Besten mit der legislativen Rekrutierung der Parteien bestellt sein könnte, legen verbreitete mediale und vereinzelt wissenschaftliche Wahrnehmungen, Bewertungen und Kommentierungen zur sozialen Durchmischung von Parlamenten bzw. zu einer vermeintlich abgehobenen politischen Klasse nahe (vgl. stellvertretend für Einige von Arnim 2014). Beispielsweise seien bestimmte Berufsgruppen wie Lehrer überproportional häufig vertreten, andere wie Arbeiter dagegen so gut wie gar nicht mehr. Einst intakte Beziehungen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten würden sich durch eine anhaltende Loslösung der Parteien von ihren gesellschaftlichen Wurzeln kennzeichnen – ein Phänomen, das sich nicht nur anhand der Rekrutierung, sondern auch bei Parlamentswahlen aufzeigen ließe. Bei Wahlen – d. h. der Rekrutierungsfunktion von Parteien zeitlich nachgelagert – betreffen Repräsentationsdefizite die Nicht-Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen (vgl. dazu auch den Beitrag von Thorsten Faas in diesem Sammelband). Vor allem sozioökonomisch und soziokulturell Benachteiligte, würden sich in zunehmender Enthaltung üben und seien vom demokratischen Entscheidungsprozess abgehängt (vgl. Merkel 2015, S. 16; Schäfer 2015; Petersen et al. 2013).<sup>2</sup>

Beides, die vermeintlich verengte Sozialstruktur von Parlamenten und die augenscheinlich in bestimmten Bevölkerungsschichten besonders zunehmende Wahlenthaltung, sind zwei Mosaiksteine, die kritische Beobachter, neben anderen wie dem europaweiten Vormarsch rechtspopulistischer Parteien, in Deutschland jüngst bei drei Landtagswahlen,<sup>3</sup> zu einem Bild zusammensetzen, dass sich die

- 
- 2 Anders als diese Diagnose – sie wird in politischer Wissenschaft und praktischer Politik größtenteils als zutreffend eingeschätzt – werden für die daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen voneinander abweichende Antworten gegeben. Exemplarisch dafür sind die Positionen der parteinahen politischen Stiftungen. Läuten bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung angesichts als zu gering erachteter Wahlbeteiligungsquoten die Alarmglocken (vgl. Güllner 2013, S. 6, 78, 83; Kahrs 2012, S. 26), sieht man bei der Konrad-Adenauer-Stiftung keinen ernsthaften Grund zur Sorge, auch weil es sich bei der „Wahlabstinentz“ überwiegend um eine temporäre und nicht um eine dauerhafte Entscheidung“ (Neu 2012, S. 5) handle.
  - 3 Analysen zeigen, dass sich die jüngsten Wahlerfolge in den Landesparlamenten und die demoskopische Zustimmung für die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), nicht ausschließlich, aber maßgeblich in einer Proteststimmung gegen die etablierten Parteien begründet (vgl. Neu 2016a; Neu 2016b; Pokorny 2016b). So wählten ca. drei Viertel aller AfD-Wähler in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt diese Partei um den anderen Parteien einen ‚Denkzettel‘ zu verpassen. Damit verbunden ist der Grundtenor, dass ‚die da oben‘ den normalen Bürger sowieso nicht verstehen. Dieses Empfinden, das längst nicht mehr nur unter AfD-Wählern verbreitet ist, zeigt einen bedenklichen Diskonnekt zwischen den Regierenden in den Parlamenten und Teilen der Bevölkerung.

Parteiendemokratien der Gegenwart von Teilen der Gesellschaft entkoppelt hätten (vgl. zu dieser Debatte bspw. Thaa 2015). Das Ziel des vorliegenden Aufsatzes ist es, einen Teil dieser Debatte aufzugreifen und detailliert zu betrachten. Zwei Fragen sollen die Analyse leiten. Erstens: Lässt sich der weiter oben skizzierte Eindruck einer soziostrukturellen Verzerrung zwischen Gesellschaft und Abgeordneten empirisch erhärten? Und zweitens: Wie sind die vorgefundenen Befunde sozialwissenschaftlich zu erklären bzw. sind sie (nur) eine Frage der Ausgestaltung des innerparteilichen Rekrutierungssystems?

Der Untersuchungsgegenstand sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestags. Analysiert wird dessen Zusammensetzung diachron. Der Schwerpunkt des Betrachtungszeitraums liegt auf dem vergangenen Vierteljahrhundert, d. h. zwischen der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 und der derzeit jüngsten im Herbst 2013. Soweit sich bestimmte Entwicklungen schon in der ‚alten‘ Bundesrepublik abgezeichnet haben, wird darauf gesondert hingewiesen. Angaben ohne zeitliche Einordnung beziehen sich immer auf die aktuelle Legislaturperiode. Die Datenbasis sind Angaben des Bundeswahlleiters und diverse biographische Abgeordnetenhandbücher, die in einem eigenen Datensatz zusammengeführt und darin aufbereitet worden sind. Aus dem Ursprungsmaterial ergeben sich auch die Kriterien, die hier herangezogen werden. Neben der Altersstruktur und der Geschlechterzusammensetzung werden das Bildungsniveau und die Berufe der deutschen Abgeordneten betrachtet. Wir beschränken uns auch deshalb auf diese vier Kriterien, da uns für diese die am vergleichbarsten und zeitlich umfangreichsten Daten vorliegen. Entscheidend ist aber, dass diese spezifische soziale Kriterien darstellen, die die wohl weitreichendste Bedeutung für die Repräsentation sozialer Gruppen haben.<sup>4</sup> Neben dem Vergleich über die Zeit, wird der Blick auch auf Parteigemeinsamkeiten und -unterschiede gerichtet. Untersuchte Parteien sind, gereiht nach ihrem Zweitstimmenergebnis zur Bundestagswahl 2013, die beiden Unionsschwestern Christlich Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale

---

4 Eine weitere Gruppe, die wir gerne untersucht hätten, sind die Abgeordneten mit einem Migrationshintergrund (vgl. dazu bspw. Schmitz und Wüst 2011). Dies ist aber aufgrund einer uneinheitlichen Datenlage und Definition von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund nicht einfach zu bewerkstelligen. Viele Autoren, darunter Barbara Donovan (2012), weisen darauf hin, wie schwierig eine Erhebung in diesem Bereich ist, denn diese Gruppe ist naturgemäß sehr heterogen (zum methodischen Umgang mit dieser Problematik bei einer Bevölkerungsbefragung vgl. aktuell Pokorny 2016a: 9-15). Selbst eine einheitliche Darstellung nach dem Kriterium ‚Migrationshintergrund‘, beruhend auf elterlicher oder eigener nationaler bzw. quasi-nationaler Herkunft, würde es nicht schaffen, die Vielfältigkeit der sozialen Herkunftslinien und daraus womöglich ableitbarer Interessen dieser Abgeordneten abzubilden.

Union (CSU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), DIE LINKE (im Folgenden Linke), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (im Folgenden Grüne) und die Freie Demokratische Partei (FDP), die jedoch in der aktuellen Legislaturperiode, erstmals in ihrer Geschichte, parlamentarisch nicht vertreten ist.

---

## **2 Repräsentationstheoretischer Stellenwert sozialer Merkmale von Abgeordneten**

In der aktuellen sozialwissenschaftlichen Repräsentationsdebatte nimmt die Auseinandersetzung um soziale Ungleichheit einen bedeutenden Stellenwert ein (vgl. dazu jüngst Hartmann 2013; Lehmann et al. 2015; Linden und Thaa 2014; Willems und von Winter 2000). Dabei ist die deskriptive Repräsentation von Hanna F. Pitkin (1967) sowohl eine theoretische als auch normative Bezugsgröße. Nach dieser symbolischen Repräsentationsvorstellung wird davon ausgegangen, dass nur ein sozial ausgewogenes Parlament zu einer sozial ausgewogenen Gesetzgebung in der Lage sei. Als besonders wichtig identifizierte soziostrukturelle Variablen wie das Geschlecht, die soziale Klasse, aber auch die Ethnie oder die Religion sollen in der personellen Zusammensetzung eines Parlaments entsprechend ihrer prozentualen Stärke in der Bevölkerung abgebildet werden. Dreh- und Angelpunkt dieses Repräsentationsverständnisses ist die Annahme, dass der soziostrukturelle Hintergrund eines Abgeordneten dessen Wertvorstellungen, Einstellungen, Zielsetzungen und Verhalten entscheidend beeinflusst (vgl. Norris und Franklin 1997). Darauf aufbauend wird argumentiert, dass nur durch die soziale Repräsentativität des Parlaments die Interessen aller Teile der Bevölkerung politisch durchgesetzt und politische Entscheidungen auf breiter Basis legitimiert werden könnten.

Ein Kritikpunkt an der deskriptiven Repräsentation betrifft ihre fehlende kausale Verbindlichkeit, dass ein sozial ausgewogenes Parlament tatsächlich dauerhaft sozial ausgewogene Entscheidungen trifft (vgl. bspw. Rebenstorf und Weßels 1989, S. 416; Weßels 1997, S. 81). Zwar ist nicht von der Hand zu weisen, dass bei einer sozial verengten Rekrutierungsbasis von Abgeordneten die Gefahr bestehen könnte, zumindest theoretisch, dass gesellschaftliche Randgruppen im parlamentarischen Kontroll- und Entscheidungsprozess zu wenig Gehör finden. Jedoch wäre eine solche Schlagsseite demokratischer Politik – selbst wenn sie den realen Umständen entspräche – empirisch kaum eindeutig nachzuweisen. Schließlich geschieht Sozialgesetzgebung nicht allein in der Legislative, sondern es sind weitere Akteure an ihrer Ausrichtung beteiligt, vor allem die Regierung mit ihrer Ministerialverwaltung, aber auch Parteien, Verbände, Gerichte oder föderale Entscheidungsträger.

Zudem wirken Kontextbedingungen intervenierend, wie die soziale Lage einer Gesellschaft bzw. die Wirtschaftssituation eines Landes.

Kaum relativieren lassen sich dagegen die symbolische und damit auch die politisch-integrative Bedeutung eines in sozialer Hinsicht breit aufgestellten Parlaments. Ein solches bietet gesellschaftliches Identifikationspotenzial und es kann bestenfalls allein schon aufgrund seiner pluralen Zusammensetzung die Legitimität seiner Aufgabenwahrnehmung und Politikoutcomes erhöhen. Dieser mögliche Effekt erfährt jedoch insofern eine Abschwächung, als dass sowohl die Wählerinnen und Wähler bei ihrer Wahl als auch die Parteien bei der Nominierung ihrer Parlamentsbewerber Auswahlentscheidungen für Personen, die bestimmten soziostrukturellen Gruppen zugeordnet werden können, explizit oder implizit treffen und demnach notwendigerweise Personen anderer Gruppen ausschließen. Zudem können auf diese Weise die Qualifikationen von Kandidaten zugunsten sozialer Eigenschaften vernachlässigt werden.

Da bereits mit der abgeschlossenen innerparteilichen Nominierung der Bewerberinnen und Bewerber ungefähr absehbar ist, wer von ihnen später bei einem bestimmten Wahlergebnis einen Parlamentssitz einnehmen wird, müsste den Kandidatenaufstellungen aus dem Blickwinkel der deskriptiven Repräsentationstheorie hohe Aufmerksamkeit zuteilwerden. Dem ist aber mitnichten so. Innerparteiliche Rekrutierungsvorgänge zur Vorbereitung einer Parlamentswahl werden fast ausschließlich seitens der Parteien-, Parlamentarismus- und Wahlforschung analysiert (für jüngere Studien im deutschsprachigen Raum vgl. Höhne 2013a; Reiser 2014; Schüttemeyer und Sturm 2005; Wüst et al. 2006).<sup>5</sup>

In parteienstaatlichen Repräsentationsvorstellungen wird eine wie auch immer geartete soziostrukturelle Identität von Regierten und Regierenden, wie sie in der deskriptiven Repräsentation als Ideal dient, funktional nicht als notwendig

---

5 Wird bei der Repräsentationsdebatte um soziale Ungleichheit die Prinzipal-Agent-Beziehung von Parlamentsvertretern der Parteien, die bei Kandidatenaufstellungen begründet werden und dort zum Ende einer Legislaturperiode hin evaluiert und sanktioniert werden können, nicht ausreichend berücksichtigt, ist das Verständnis von Repräsentationszusammenhängen, die sowohl über die engeren Abläufe innerhalb der Institution des Parlaments als auch über ein abstraktes demokratietheoretisches Verständnis dessen hinausreichen, zwangsläufig eingeschränkt. Beispielsweise ist die gleichberechtigte Repräsentation beider Geschlechter in Parlamenten heutzutage kein Thema mehr, dessen normative Gebotenheit ernsthaft bzw. ernstzunehmend in Frage gestellt werden würde. Wie im nächsten Kapitel aber noch zu zeigen sein wird, liegt der Anteil von Frauen im Bundestag nach wie vor deutlich unter dem der Männer. Wer sich damit nicht abfinden möchte, muss mit einem Veränderungsansinnen folglich vorher ansetzen, d. h. bei den Parteien und ihren Nominierungsmethoden (vgl. Krook und Norris 2014).

und normativ nicht als wünschenswert erachtet (vgl. Wiesendahl 2013a, S. 14-18 und grundlegend Leibholz 1958). In Bezug auf Abgeordnete interessiert sich dieser Ansatz weniger für deren soziale Herkunft, sondern mehr für deren individuelle Leistungsfähigkeit, insbesondere das Vermögen zur parlamentarischen Politikgestaltung im Sinne der Bevölkerung bzw. der aus ihr hervorgegangenen Wählermehrheiten, oder für deren innerparteiliche Einflussnahmen und Machtpotenziale. Ein Abgeordneter wird als Vertreter seiner Partei und damit als Teil einer Organisation angesehen, die sich ein eigenes Programm gibt, sich bestimmten inhaltlichen Positionen, Ideologien oder Weltanschauungen verpflichtet sieht und danach strebt, programmatische Politikvorstellungen im Wettbewerb mit konkurrierenden Parteien politisch wirksam werden zu lassen. In und außerhalb des Parlaments tritt ein Mandatsträger neben einer Vielzahl politisch Gleichgesinnter (andere Mitglieder seiner Partei) wie beruflich Gleichgestellter (andere Abgeordnete seiner Partei) für die Ziele seiner Partei ein. Dies macht ihn in gewisser Weise austauschbar. Diese individuelle Ersetzbarkeit, die programmatische Verpflichtung und in gewissem Maße innerfraktionelle und innerparteiliche Disziplinierung des Parteimitglieds ‚Abgeordneter‘ reduzieren die Aufmerksamkeit einer sich für soziale Ungleichheitsphänomene interessierenden normativen Parteienforschung für dessen soziostrukturelle Attribute.

In der soziologisch ausgerichteten Parteien-, Parlamentarismus- und Elitenforschung dagegen wird sozialen Herkunftslinien von Abgeordneten traditionell hohe Aufmerksamkeit zuteil (vgl. bspw. Zeuner 1970; Kintz 2006, 2010, 2014; Hartmann 2013; Rütters 2014 und Kapitel 3 weiter unten). Dabei wird für Deutschland, was den Zugang zu einem Parlamentsmandat anbelangt, im internationalen Vergleich eine beinahe uneingeschränkte soziale Offenheit ausgemacht (vgl. Norris 1997; Gallagher und Marsh 1988; Sandri et al. 2015; Edinger und Jahr 2015). Für jedes Parteimitglied besteht im Prinzip die Chance, unabhängig von der persönlichen Ressourcenausstattung, der sozialen Herkunft und der Bildung, irgendwann im Verlauf der politischen Karriere ein Abgeordnetenmandat zu erringen. Vorausgesetzt sie oder er ist bereit ausreichend parteipolitisches Kapital aufzubauen (‚Ochsentour‘) und ergreift bei einem *window of opportunity* die Chance zur Nominierung (zum Begriff des parteipolitischen Kapitals siehe Höhne 2013a, S. 96-102 und grundlegend Bourdieu 2001).

Die deutschen Parteien achten bei ihren Kandidatenaufstellungen aber nicht nur auf ‚Stallgeruch‘ und politische Professionalitätskriterien bei der (zukünftigen) Mandatsausübung und der (weiteren) parteiinternen Aufgabenerfüllung eines Interessenten, sondern sie berücksichtigen prospektiv Kriterien der sozialen Repräsentativität ihrer Personaltabaus (vgl. Höhne 2013a, S. 323f.). Sie streben in komplexen Aushandlungen und machtpolitischen Entscheidungsfindungen

danach, mehrere ‚Fliegen mit einer Klappe zu schlagen‘, was ihnen aufgrund teils gegensätzlicher Selektionsprämissen und eines begrenzten Pools geeigneter Personen aber nur mehr oder weniger gut gelingen kann. Kriterien, den Zugang zu einem Parlamentsmandat sozial beträchtlich verengen, wie in den USA eigene im Vorwahlkampf investierbare finanzielle Mittel und/oder Mobilisierungsstärke oder in Frankreich eine bereits bestehende Zugehörigkeit zu einer nach außen hin abgeschlossenen Bildungselite, sind in Deutschland kaum relevant. Diese Differenzen zwischen demokratischen Systemen verweisen auf die Bedeutung systemischer Kontextbedingungen für die soziale Zusammensetzung von Parlamenten. Dazu gehören vor allem der Regierungssystemtypus, das Wahlrecht, die machtpolitische Stellung der Parteien, das Ausmaß der vertikalen Gewaltenteilung oder auch die Politische Kultur (vgl. Borchert und Golsch 1999).

Parteiinterne Einflussgrößen bei Kandidatenaufstellungen sind formelle Vorgaben wie Satzungen, Statuten und sonstige Vorschriften, Organisationskulturen, Gepflogenheiten der innerparteilichen Mitwirkung, förmliche und tatsächliche Selektionsmechanismen und -präferenzen, innerparteiliche Machtrelationen zwischen den Auswählenden, die Partizipationsbereitschaft der Mitglieder sowie der Wettbewerbswille, der an einer Kandidatur interessierten Personen (vgl. Rahat und Hazan 2001; Rahat 2009; Höhne 2010). Die Beteiligung bei der innerparteilichen Entscheidungsfindung gilt als besonders einflussreich, sowohl bei der Auswahl als auch bei der Kandidatur. Beide Niveaus können zwischen den Polen ‚inklusive‘ und ‚exklusive‘ angeordnet werden. Sind die Kandidatenaufstellungen in Deutschland eine weitestgehend parteiinterne Angelegenheit (geringe Inklusion), kann sich in den USA und in einigen wenigen europäischen Staaten im Prinzip jeder Bürger an den Vorauswahlen beteiligen (hohe Inklusion) (vgl. Gast 2014). Relevanz beigemessen wird auch dem Ort bzw. den Orten der Entscheidung, dichotomisierbar auf das Gegensatzpaar ‚dezentral‘ vs. ‚zentral‘. In diesem Zusammenhang ist eine interessante Forschungsfrage, ob sich sozial durchmischte Parlamente eher in inklusiven und auf breite basisdemokratische Partizipation setzenden Nominierungsverfahren realisieren lassen würden oder exklusive und Ausgleichmechanismen bereithaltende Selektionsmethoden besser dazu geeignet wären (siehe Höhne 2013a, S. 69-74).

### 3 Soziale Herkunftslinien der Parlamentsvertreter von Parteien

#### *Altersstruktur*

Die demographische Entwicklung mit einer alternden Gesellschaft in Deutschland führt dazu, dass sich seit dem Zweiten Weltkrieg das Durchschnittsalter der Bevölkerung stetig erhöht hat. Dies liegt zum einen an einer höheren Lebenserwartung in der Bevölkerung und zum anderen an einer geringer werdenden Geburtenrate. So ging der Anteil an der Bevölkerung der unter 20jährigen seit 1950 von 30,4 Prozent auf 18,2 Prozent (2011) zurück. Gleichzeitig stiegen die Anteile der Gruppen im Alter von 65 bis 79 Jahre (von 8,7 Prozent auf 15,2 Prozent) und derer, die über 80 Jahre alt sind (von 1,0 Prozent auf 5,4 Prozent) (siehe Statistisches Bundesamt 2013).

Die Altersstruktur der Bundestagsabgeordneten weicht davon leicht ab. Allerdings zeigen sich hier eher leichte Angleichungs- als Abweichungstendenzen im Vergleich zur Bevölkerung. Zunächst verzeichnete der Bundestag ein steigendes Durchschnittsalter von 50 Jahre in der 1. Wahlperiode auf 52,3 Jahre in der 4. Wahlperiode (1961-65) (siehe Schindler 1999, S. 564). Danach begann eine langsame ‚Verjüngung‘. Das Durchschnittsalter sank auf 46,6 Jahre in der 7. Wahlperiode (1972-1976). Seitdem erfolgte ein leichter Anstieg auf 49 bis 50 Jahre. Gleichzeitig stieg das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung von 34 Jahre für Männer und ca. 36 Jahre für Frauen (1950) auf 42,6 Jahre für Männer und 45,3 Jahre für Frauen (siehe Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2013). Wie die Tabelle 1 zeigt ist seit der Wiedervereinigung das Durchschnittsalter der Bundestagsabgeordneten relativ stabil geblieben. Es reichte von 49,2 Jahre in der 13. Wahlperiode (niedrigster Wert im Untersuchungszeitraum) bis zu 50,1 Jahre in der 14. Wahlperiode (höchster Wert).

**Tab. 1** Durchschnittsalter der Abgeordneten nach Fraktion, 13. bis 18. Wahlperiode (in Jahren)

	13. WP	14. WP	15. WP	16. WP	17. WP	18. WP	Gesamt
CDU	49,4	51,0	48,7	49,8	49,7	50,0	49,8
SPD	49,9	50,6	50,9	50,4	51,8	50,2	50,6
Linke	48,6	46,8	40,0	48,6	48,8	50,9	48,9
Grüne	41,9	43,5	45,1	46,5	46,8	46,5	45,2
FDP	51,8	51,0	50,3	47,9	47,8	-	49,4
Gesamt	49,2	50,1	49,4	49,4	49,5	49,8	49,7

Quelle: eigene Erhebung (Kintz), gemessen wurde das Alter zu Beginn der Legislaturperiode

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die meisten Abgeordneten der Alterskohorte zwischen 40 und 59 Jahren zuzuordnen sind. So sind im Zeitraum von 1994 bis heute 31,1 Prozent aller Bundestagsabgeordneten in der Altersgruppe 40 bis 49 Jahre einzuordnen. 40,6 Prozent sind zwischen 50 und 59 Jahre alt. Nur 3,3 Prozent gehören der Altersgruppe unter 30 Jahren an. Einen leicht ansteigenden Anteil kann die Altersgruppe der über 60jährigen verzeichnen. Ihr Anteil erhöhte sich von 7,3 Prozent im 13. Bundestag auf 15,5 Prozent in der jetzigen Wahlperiode.

Auch im Fraktionenvergleich widerspiegeln sich die Trends, die bereits beim Durchschnittsalter gezeigt werden konnten.<sup>6</sup> Wenig überraschend sind proportional die unter 30jährigen am stärksten in der Fraktion der Grünen vertreten (8,1 Prozent) – seit ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag sind deren Abgeordnete im Durchschnitt deutlich jünger (45,2 Jahre) als die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen (siehe Tabelle 1 weiter oben). Die Abgeordneten aus der Gruppe der unter 30jährigen haben den geringsten Anteil in den Fraktionen von SPD (2,0 Prozent) und CDU/CSU (2,9 Prozent). Die über 60jährigen dagegen sind stark bei der CDU/CSU-Fraktion (11,8 Prozent) und der FDP-Fraktion (11,5 Prozent) zu finden. Außerdem gehören bei der Union und der SPD die meisten Abgeordneten zur Altersgruppe 50 bis 59 Jahre. Auch die Abgeordneten der Linksfraktion sind etwas jünger als der Altersdurchschnitt im Bundestag. Jedoch ist diese Abweichung nicht so hoch wie bei den Grünen. Bemerkenswert ist bei der Linken vielmehr, dass der relativ ‚junge‘ Altersdurchschnitt der Fraktion in Kontrast zum höheren Altersdurchschnitt ihrer Parteibasis steht. Deren Durchschnittsalter ist mit ca. 60 Jahren im Vergleich zu den anderen Parteien am höchsten; mehr als die Hälfte der Mitglieder ist über 60 Jahre alt (siehe Niedermayer 2011, S. 20, 2015, S. 373, 385).

### **Frauenanteil**

Auch wenn der Frauenanteil unter den Bundestagsabgeordneten in der jetzigen Wahlperiode einen neuen Höchststand erreicht hat, bleiben Frauen, verglichen mit ihrem Anteil in der Bevölkerung doch unterrepräsentiert. Nur langsam hat sich der Anteil weiblicher Abgeordneter seit der Gründung der Bundesrepublik erhöht. Bis zur 10. Wahlperiode lag der Anteil der Frauen im Bundestag unterhalb der 10-Prozent-Marke und erreichte erstmals in der 11. Wahlperiode mit 15,4 Prozent einen zweistelligen Prozentbereich. Dies ist zum einen darin begründet, dass die Grünen in den Bundestag einzogen (1983), die eine strikte paritätische Frauenquote bei der Besetzung von Listenplätzen umsetzten und so durch ihre eigene Präsenz und Vorbildwirkung für andere Frauen den Frauenanteil im Bundestag erhöhten.

---

6 Die Angaben zu Altersgruppenanteilen in diesem Abschnitt beruhen auf eigenen Berechnungen, gepoolt über den Betrachtungszeitraum von 1990 bis 2013.

Andererseits thematisierten und kritisierten die Grünen aber auch die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik und anderswo. Dies trug dazu bei, dass auch die anderen Bundestagsparteien die Einführung von Frauenquoten diskutierten und im Laufe der Jahre implementierten (vgl. Meyer 2003, S. 406). So verabschiedete 1988 die SPD, nach Jahren der Diskussion, eine Frauenquote von 40 Prozent für Parteiämter und Listenplätze. Die PDS (heute Linke), die nach der Wiedervereinigung neu in den Bundestag hinzukam, hat auch eine strenge 50-Prozent-Frauenquote, was zu einem weiteren Anstieg des Frauenanteils im Bundestag führte. Die CDU entschied sich 1996 ein so genanntes Quorum einzuführen, das einen Frauenanteil von 33 Prozent für alle Partei- und Parlamentspositionen anstrebt. Die bayrische Schwesterpartei CSU folgte erst 2010, führte dann aber eine Frauenquote von 40 Prozent ein, aber nur für parteiinterne Ämter. Lediglich die FDP hat bis heute keine Frauenquote verabschiedet, trotz wiederholter innerparteilicher Diskussionen (vgl. u. a. Kintz 2012; Höhne 2013a, S. 171-174).

**Tab. 2** Frauenanteil unter den Abgeordneten nach Fraktion, 13. bis 18. Wahlperiode (in Prozent)

	13. WP	14. WP	15. WP	16. WP	17. WP	18. WP	Gesamt
CDU/CSU	13,9	18,3	22,2	20,4	20,1	25,1	20,0
SPD	33,7	34,7	36,7	35,6	39,0	42,0	36,5
Linke	43,3	56,8	100	48,1	52,6	56,3	52,5
Grüne	59,2	57,4	58,2	56,9	55,9	54,0	56,8
FDP	17,0	20,9	25,5	24,6	24,7	-	23,1
Insgesamt	26,2	30,6	32,0	31,8	33,1	36,3	31,6

Quelle: eigene Erhebung (Kintz)

Die Bestrebungen in den Parteien zur Erhöhung des Frauenanteils in ihren Fraktionen haben zu einem recht kontinuierlichen Anstieg im Bundestag geführt. Lag dieser im 13. Bundestag noch bei 26,2 Prozent, so liegt er in der derzeitigen Wahlperiode bei 36,3 Prozent. Im Vergleich der Parteien zeigen sich deutlich die Effekte der unterschiedlichen Quoten bzw. strukturellen Selektionskriterien. So ist der Frauenanteil in den Fraktionen mit den weitreichendsten Vorgaben (Linke und Grüne) am höchsten und eine paritätische Repräsentation bzw. sogar leichte Überrepräsentation von Frauen erreicht. Auch in der SPD-Fraktion spiegelt sich die Einführung der Frauenquote in einem prozentualen Ansteigen des Frauenanteils von 33,7 Prozent in der 13. Wahlperiode auf heute 42,0 Prozent wider. Zwar hat sich auch in der CDU/CSU-Fraktion der Frauenanteil seit der Wiedervereinigung erhöht

(von 13,9 Prozent auf 25,1 Prozent), er liegt aber deutlich unter dem Frauenanteil der linken Parteien. Dies ist, auf der einen Seite dem ‚weichen‘ Quorum geschuldet, das bei Nichterreichen der 33-Prozent-Marke die Rekrutierungsverantwortlichen nicht so streng sanktioniert, wie die Quotenregelungen von Grünen, Linke und SPD. Auf der anderen Seite ist der Frauenanteil in der CDU und der CSU unter den Parteimitgliedern deutlich geringer, so dass sich Rekrutierungsschwierigkeiten für Listenplätze ergeben können.

Bei der Interpretation der Frauenanteile nach Fraktionen sind auch Effekte des personalisierten Verhältniswahlrechts mit Erst- und Zweitstimme zu berücksichtigen. CDU und mehr noch CSU haben gerade in den letzten Wahlperioden einen Großteil ihrer Sitze im Bundestag durch die Direktwahl erlangt. So wurden bei der jüngsten Bundestagswahl im Herbst 2013 191 CDU-Sitze und 45 CSU-Sitze per Direktwahl besetzt, bei der SPD waren dagegen es nur 58 (siehe Statistisches Bundesamt/Der Bundeswahlleiter 2014, S. 37-39). So entfallen auf die Unionsfraktion ca. 80 Prozent der insgesamt 299 Direktmandate, aber nur ca. 19 Prozent bzw. 64 der insgesamt 332 Listenmandate. Unter den Direktwahlkandidaten sind jedoch traditionell weniger Frauen. Parteien mit hohen Anteilen an Sitzen durch Direktwahl können den Frauenanteil in ihren Fraktionen nur indirekt beeinflussen, denn letztlich entscheidet sich der Wähler für den Kandidaten oder die Kandidatin des Wahlkreises direkt.<sup>7</sup> Aber auch beim Frauenanteil unter den direkt gewählten Abgeordneten zeigen sich ansteigende Tendenzen: In der 13. Wahlperiode lag er für den gesamten Bundestag bei 13,7 Prozent – bereits in der darauffolgenden Wahlperiode kletterte er über die 20-Prozentmarke (22,6 Prozent). Derzeit liegt er bei 21,2 Prozent. In der CDU/CSU-Fraktion ist er niedriger. Dort betrug im 13. Bundestag 10,5 Prozent und stieg bis zur aktuellen Wahlperiode auf 19,6 Prozent.

---

7 In der Literatur über Wahlsysteme wird argumentiert, dass Systeme mit Direktwahlen meist geringere Frauenanteile hervorbringen als Wahlsysteme mit proportionaler Stimm- und Sitzverteilung (siehe u. a. Rule 1994; vgl. zu dieser Diskussion auch Höhne 2013a, S. 62-64). Als Beispiele werden meist die USA und Großbritannien genannt, deren Parlamente einen vergleichsweise geringen Frauenanteil unter den (westlichen) Nationen haben. Gründe seien, dass Frauen eher in ‚unsichereren‘ Wahlkreisen aufgestellt und folglich häufiger verlieren würden. Auch wird angeführt, dass bei der Direktwahl, eher der männliche Kandidat bevorzugt werde, was damit zusammenhängen könnte, dass die Politik traditionell ein Bereich ist, in dem typisch als männlich konnotierte Eigenschaften ‚gefragt‘ seien und Frauen mit diesen Eigenschaften nicht feminin wirken würden. Dadurch würden sie jedoch auch nicht zum Aufbrechen von Stereotypen beitragen und in einem Teufelskreis verhaftet bleiben (vgl. dazu bspw. jüngst den pointierten Aufsatz von Fritzsche 2016). Entscheidend dürfte aber sein, dass es auf der Wahlkreisebene keine Frauenquote gibt und der Anteil der innerparteilich engagierten Männer größer als der der Frauen ist.

Im Vergleich dazu liegt der Frauenanteil bei den direkt gewählten Abgeordneten der SPD derzeit bei 25,4 Prozent. Er hatte aber bereits in der 15. Wahlperiode mit 33,7 Prozent einen deutlich höheren Anteil erreicht.

### **Bildung**

Im Gegensatz zur Altersstruktur, bei der die Abweichungen zwischen Bevölkerung und Abgeordneten nicht so groß sind bzw. wie bei der Geschlechterverteilung sich allmählich verringern, sind bei der Bildung und den Berufen stärkere Unterschiede zwischen den Abgeordneten und der Bevölkerung zu erkennen. Dies mag überraschen, da die Politik keine spezifische Ausbildung oder einen bestimmten Bildungsabschluss voraussetzt, sie kein fixes Anforderungsprofil beinhaltet und, wie weiter oben dargelegt, prinzipiell eine hohe Zugangsoffenheit zu politischen Ämtern und Positionen für jedermann besteht. Betrachtet man zunächst die Bildungsstruktur in Deutschland, zeigt sich, dass diese verglichen mit anderen OECD-Ländern, eine relativ geringe Akademikerrate von 27 Prozent (2014) in der Gruppe der 25 bis 34jährigen aufweist. Dieser Anteil ist seit der Jahrtausendwende nur geringfügig angestiegen, so dass der Anteil der Akademiker in der Gruppe der 55 bis 64jährigen nur wenig darunterliegt. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen hatten 39,4 Prozent einen Hauptschul- oder Volksschulabschluss, 21,2 Prozent einen Mittelschul- oder Realschulabschluss und 26,7 Prozent die Hochschulreife erreicht.

Wie die Tabelle 3 zeigt, sind die meisten Abgeordneten im Deutschen Bundestag Akademiker. Nahezu zwei Drittel (64,3 Prozent) haben entweder einen Fachhochschul- oder einen Universitätsabschluss. Jeder fünfte Abgeordnete (19,2 Prozent) hat sogar promoviert. Hinzu kommt, dass es auch etliche Abgeordnete gibt, die ein Studium begonnen haben, es aber (bisher noch) nicht abgeschlossen haben. Dies zeigt, dass sich der Trend zur starken Akademisierung des Parlaments seit der Gründung der Bundesrepublik fortsetzt. In der 1. Wahlperiode hatten nur 45,3 Prozent der Abgeordneten eine Hochschulbildung<sup>8</sup> (siehe Schindler 1999, S. 672). In der 10. Wahlperiode (1983-1987) überschritt die Akademisierungsrate zum ersten Mal die 80-Prozent-Marke, ein Anstieg um mehr als 10 Prozentpunkte im Vergleich zum vorangegangenen 9. Bundestag (70,3 Prozent). Diese Marke wurde seit 1994 nicht mehr unterschritten. Seit 2009 liegt sie bei über 85 Prozent. Auch unter den Jungabgeordneten, hier definiert als Personen unter 40 Jahren, zeigt sich

---

8 Die Daten bei Schindler schließen Abgeordnete, die eine Hochschulausbildung aufgenommen, aber nicht abgeschlossen haben mit ein. Die Daten, die hier durch eigene Berechnungen aufgelistet sind, beziehen sich aber nur auf den höchsten tatsächlich erreichten Bildungsabschluss. Dadurch ergeben sich Abweichungen von den Daten im Datenhandbuch.

der Trend zur Akademisierung deutlich: Seit der 13. Wahlperiode liegt der Anteil der Akademiker unter den jüngeren Abgeordneten stabil über 85 Prozent, derzeit sogar bei 87,2 Prozent.

**Tab. 3** Bildungsabschlüsse der Bundestagsabgeordneten, 13. bis 18. Wahlperiode

	13. WP	14. WP	15. WP	16. WP	17. WP	18. WP	Gesamt
Hauptschule	41 6,4 %	44 6,8 %	30 3,1 %	23 3,8 %	14 2,3 %	12 2,0 %	164 4,4 %
Realschule	48 7,5 %	50 7,7 %	45 7,7 %	41 6,8 %	30 4,9 %	32 5,2 %	246 6,6 %
Abitur	28 4,4 %	32 4,9 %	29 5,0 %	42 7,0 %	29 4,7 %	43 7,0 %	203 5,5 %
Universität/ Fachhochschule	380 59,3 %	401 61,7 %	388 66,2 %	392 64,9 %	418 68,2 %	404 66,0 %	2.383 64,3 %
Promotion	144 22,5 %	123 18,9 %	94 16,0 %	106 17,6 %	122 19,9 %	121 19,8 %	710 19,2 %

Quelle: eigene Erhebung (Kintz), für einige Abgeordnete liegen keine eindeutigen Angaben vor, diese wurden von der Analyse ausgeschlossen

Parallel dazu ist der Anteil der Abgeordneten mit Haupt- oder Realschulabschluss stetig zurückgegangen. Hatten im 13. Bundestag noch 41 Abgeordnete einen Hauptschulabschluss (6,4 Prozent), so liegt deren Anteil derzeit nur noch bei 2,0 Prozent. Anders in der Anfangszeit des Bundestages: Wie Schindler (1999) zeigt, lag der Anteil der Abgeordneten mit Hauptschul- oder Volksschulabschluss in der 1. Wahlperiode noch bei 40,8 Prozent. Er ging dann aber schnell zurück. So hatten bereits im 6. Bundestag (1969-1972) nur 19 Abgeordnete (3,7 Prozent) einen Volks- oder Hauptschulabschluss als höchsten Bildungsgrad. Seither verblieb der Anteil der Abgeordneten mit diesem Bildungsabschluss im einstelligen Prozentbereich (siehe Schindler 1999, S. 670).

**Tab. 4** Bildungsstruktur der Bundestagsabgeordneten, 13.-18. Wahlperiode (gepoolt), nach Fraktionen

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP <sup>1</sup>	Total
Hauptschule	77 5,1%	72 5,5%	11 4,3%	3 0,9%	1 0,4%	164 4,4%
Realschule	90 5,9%	121 9,2%	9 3,5%	12 3,7%	14 4,9%	246 6,6%
Abitur	84 5,5%	62 4,7%	17 6,6%	30 9,3%	10 3,5%	203 5,5%
Universität/ Fachhochschule	936 61,7%	878 66,4%	154 59,7%	232 71,6%	183 64,0%	2.383 64,3%
Promotion	329 21,7%	189 14,3%	67 26,0%	47 14,5%	78 27,3%	710 19,2%

Quelle: eigene Erhebung (Kintz)

**Tab. 5** Akademikerrate in den Fraktionen, 13. bis 18. Wahlperiode

	13. WP	14. WP	15. WP	16. WP	17. WP	18. WP	Gesamt
CDU/CSU	240 81,6%	200 81,3%	210 82,7%	191 84,5%	208 87,0%	264 84,9%	1.313 84,0%
SPD	201 79,8%	235 79,1%	199 79,3%	178 80,2%	126 86,3%	167 86,5%	1.106 81,3%
Linke	26 86,7%	30 81,1%	2 100%	40 74,1%	70 92,11%	58 90,6%	226 85,9%
Grüne	44 89,9%	40 85,1%	47 85,5%	43 84,3%	59 86,8%	55 87,3%	288 86,5%
FDP	44 93,6%	39 90,7%	45 88,2%	56 91,8%	86 92,5%	-	270 91,5%

Quelle: eigene Erhebung (Kintz), als Akademiker gelten in dieser Erfassung alle Abgeordneten, die mindestens ein Fachhochschul- oder Universitätsstudium zum Zeitpunkt der Datenerhebung (am Beginn der Wahlperiode) abgeschlossen haben.

Auch bei der Bildungsstruktur der Abgeordneten liegen Unterschiede zwischen den Fraktionen vor (siehe Tabelle 5 weiter oben). Der Anteil der Akademiker ist in den kleineren Parteien immer etwas höher als in den Großparteien CDU, CSU und SPD. Der durchschnittlich höchste Akademiker-Anteil findet sich mit 91,5 Prozent in der FDP (siehe Tabelle 5, Spalte 8 weiter oben). Gleichzeitig ist sie die Partei, die im Durchschnitt den geringsten Anteil an Abgeordneten mit Haupt- oder Volkshochschulabschluss aufweist (0,4 Prozent). Dieses Muster besteht allerdings nicht

erst seit der Wiedervereinigung Deutschlands, sondern zeichnete sich schon nach der Gründung der Bundesrepublik ab. Bereits in der 1. Wahlperiode hatten zwei Drittel der FDP-Abgeordneten eine Hochschulausbildung, aber nur 21,2 Prozent einen Hauptschul- oder Volksschulabschluss. Auch die Linksfraktion zeigt in ihrer Bildungsstruktur ein paar Besonderheiten. Zwar liegt bei ihr der Akademiker-Anteil mit durchschnittlich 85,9 Prozent im betrachteten Zeitraum im Mittelfeld der Parteien, gleichzeitig hat sie aber unter den kleinen Parteien den größten Anteil von Abgeordneten mit Hauptschul- oder Volksschulabschluss (4,3 Prozent) (siehe Tabelle 4 weiter oben).

Auch bei CDU, CSU und SPD hat sich die Akademisierung der Abgeordneten verstärkt. Hatten zu Beginn der Bundesrepublik in der CDU/CSU-Fraktion erst 53,6 Prozent der Abgeordneten eine Hochschulbildung, hatten diese ab den 1970er Jahren regelmäßig mehr als drei Viertel der Abgeordneten (siehe Schindler 1999, S. 668). Nach der Wiedervereinigung steigt die Rate abermals, so dass nun mehr als vier Fünftel der Abgeordneten den Akademikern zuzuordnen sind. In der SPD verlief dieser Prozess etwas langsamer. Der entsprechende Anteil liegt aber seit der 16. Wahlperiode ebenfalls regelmäßig bei über 80 Prozent. Zur Gründung der Bundesrepublik war die SPD die Partei mit der niedrigsten Akademikerrate (29,0 Prozent in der 1. Wahlperiode). Erst im 6. Bundestag, d. h. Ende der 1960er Jahre, waren mehr als die Hälfte ihrer Abgeordneten Akademiker. Dafür war die SPD die einzige Fraktion mit dem höchsten Anteil von Parlamentariern mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Im 1. Bundestag hatte mehr als die Hälfte ihrer Abgeordneten ‚nur‘ eine 8jährige Schulausbildung genossen. Der Anteil dieser Abgeordneten ging zwar im Laufe der Jahre zurück, aber Mitte der 1960er Jahre lag er immer noch bei 23 Prozent.

### **Beruf**

Neben der Akademisierung gibt es den Trend zur Professionalisierung von politischen Karrieren, der sich in einem Wandel der Berufsstruktur abzeichnet (vgl. dazu grundlegend Weber 1921). Nicht nur, dass die Abgeordneten ihr Bundestagsmandat hauptberuflich ausüben, sie werden auch zunehmend aus politischen und politiknahen Berufen rekrutiert (vgl. dazu bspw. Schöne 2010). Dadurch verstärkt sich der lebensweltliche Abstand zwischen der politischen Klasse und der repräsentierten Bevölkerung. Professionalisierung bedeutet eben auch „soziale Schließung der Demokratie“ (Borchert 2003, S. 37). Diese Erscheinung zeigt sich besonders deutlich in dem ansteigenden Teil von Abgeordneten, die aus dem Umkreis der Mitarbeiterstäbe von Parteien, Fraktionen und wissenschaftlichen Diensten von Parlamente ‚stammen‘. Lag deren Anteil in der 14. Wahlperiode noch bei 6,7 Prozent der Abgeordneten (siehe Deutsch und Schüttemeyer 2003, S. 26), hat er

sich bis heute fast verdoppelt und liegt bei 11,6 Prozent (siehe Kintz 2014, S. 584). Insgesamt macht die Gruppe der Angestellten politischer oder gesellschaftlicher Gruppen nahezu 20 Prozent der Parlamentarier aus, ein Höchststand den es so seit der 5. Wahlperiode nicht mehr gegeben hat (siehe Schindler 1999, S. 680). Sie ist damit die zweitstärkste Berufsgruppe unter den Abgeordneten.

Abgesehen von diesen politischen und politiknahen Berufen rekrutieren sich Abgeordnete aus Berufsgruppen, die eine einfache Rückkehroption in den Beruf nach dem Mandat und eine hohe Flexibilität bei der Berufsausübung erlauben (siehe dazu Norris 1997). Dies trifft besonders für Beamte und Freiberufler zu. Abgeordnete aus der Gruppe der Beamten bilden die dominierende Berufsgruppe (derzeit 29 Prozent), auch wenn sich hier innerhalb dieser leichte Verschiebungen ergeben haben. So ist die Anzahl der Lehrer in den letzten Wahlperioden rückläufig, von 76 in der 14. Wahlperiode (siehe Deutsch und Schüttemeyer 2003, S. 26) auf 30 in der derzeitigen Wahlperiode (siehe Kintz 2014, S. 584). Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass einige Bundesländer (vor allem in den ostdeutschen und Berlin) Lehrer seltener in den Beamtenstatus erheben und damit die sichere Rückkehr in den Vorberuf für potentielle Kandidaten erschwert wird. Aber es finden sich auch Hinweise, dass deren *negative discrimination* bei Kandidatenaufstellungen zugunsten politiknäherer Berufe zunimmt (siehe Höhne 2010, S. 111). Zu diesem Bild passt, dass die Anzahl der kommunalen Wahlbeamten, d. h. ein politiknaher bis politischer Beruf, leicht ansteigend ist und derzeit bei 6 Prozent aller Abgeordneten liegt. Generell steht der große Anteil der Beamten unter den Abgeordneten in Kontrast zu deren geringem Anteil in der Bevölkerung, der bei ca. 5 Prozent liegt.<sup>9</sup> Traditionell unterrepräsentiert ist dagegen die Arbeiterschaft. Bereits mit der Gründung der Bundesrepublik lag ihr Anteil gerade mal bei 2 Prozent. Mittlerweile findet sich nur noch eine Abgeordnete, die diesem Berufsmilieu zuzuordnen ist. In der Bevölkerung liegt der Anteil der Arbeiter immer noch bei nahezu 20 Prozent, auch wenn er in den vergangenen Jahrzehnten rückläufig ist. 1950 lag er noch bei ca. 51 Prozent (siehe Sahner 1995).

Auch bei der Berufsstruktur lassen sich Unterschiede zwischen den einzelnen Fraktionen identifizieren. Traditionell sind Selbständige und Angestellte der privaten Wirtschaft etwas stärker in der CDU/CSU-Fraktion, Freiberufler in der FDP-Fraktion und Beamte stärker in der SPD-Fraktion vertreten. Ebenso bildeten

---

9 Kalkuliert auf Basis des Mikrozensus „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen in Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes, 2014; [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/BerufArbeitsbedingungErwerbstaetigen2010412147004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/BerufArbeitsbedingungErwerbstaetigen2010412147004.pdf?__blob=publicationFile), Abruf am 28.03.2016.

die Sozialdemokraten lange die Fraktion mit dem größten Anteil an Angestellten politischer bzw. politiknaher Organisationen, was auch eine Folge der traditionellen Nähe der Partei zu den Gewerkschaften ist. Auch die Arbeiterschaft war zunächst am stärksten in der SPD vertreten, wenngleich ihr Anteil aber nie mehr als 3,6 Prozent der Fraktionsmitglieder ausmachte (siehe Schindler 1999, S. 683).

Seit der Wiedervereinigung zeigen sich auch in den Parteien Veränderungen der Berufsstrukturen ab. So sind in den Fraktionen der Linken und der Grünen die Angestellten politischer und politiknaher Organisationen prozentual am stärksten vertreten. Innerhalb dieser Gruppe sind dabei die ehemaligen Mitarbeiter der Fraktion, von Abgeordneten oder der Partei dominierend. Bei den Grünen beträgt der Anteil derzeit 30,2 Prozent und bei der Linken 26,7 Prozent (siehe Kintz 2014, S. 588). Mit der Fusion von WASG und PDS zur Partei DIE LINKE gab es außerdem eine Verschiebung bei der Repräsentation von Gewerkschaftsinteressen und der Arbeiterschaft. Wurden diese bis 2005 noch am stärksten von der SPD repräsentiert, wird diese Repräsentationsaufgabe seither intensiver von der Linken wahrgenommen, der man anders als der PDS kein ‚Gewerkschaftsproblem‘ attestieren kann.

Letztlich und ein weiteres Zeichen für eine Professionalisierung von politischen Karrieren ist der leichte Anstieg von Abgeordneten ohne Vorberuf im Parlament. Dies sind meist Abgeordnete, die sich während oder gleich nach Abschluss ihrer Ausbildung um ein Amt bewerben. Lag deren Anteil nach der Wiedervereinigung noch bei 3,7 Prozent (siehe Hess 1995, S. 580) stieg er mittlerweile leicht auf 4,4 Prozent an (siehe Kintz 2014, S. 569), wobei diese Berufsgruppe am stärksten in den Fraktionen der Grünen und der Linken vertreten ist. Auch wenn ihr Anteil derzeit nicht groß erscheint, so ist das Resultat doch bemerkenswert, denn unter den Jungabgeordneten sind die Parlamentarier dieser Berufsgruppe die drittstärkste Gruppe mit 16 Prozent.

---

#### **4 Parteien und ihre Rekrutierung verantwortlich für Repräsentationsungleichgewichte?**

Welchen Beitrag leisten die Organisation ‚Partei‘ und deren Kandidatenaufstellungen zur Erklärung der analysierten sozialen Muster und Herkunftslinien von Abgeordneten? In einem Aufsatz, der die Nominierungsergebnisse von Bundestags- und Europa-Kandidatenaufstellungen in den vergangenen drei Jahrzehnten vergleicht, werden bestimmte Selektionseffekte hinsichtlich soziostruktureller Merkmale von Abgeordneten einerseits und andererseits Kandidaten, die den Parlamentseinzug verfehlt haben, herausgearbeitet (siehe Höhne 2010). So wird gezeigt, dass die

aussichtsreich nominierten Kandidaten häufiger Männer sind, sie etwas älter und beruflich mehr im politiknahen oder politischen Bereich verankert sind als die Bewerber, denen der Sprung ins Parlament nicht geglückt ist. Erklärt wird dieser Befund vor allem mit der individuellen Akkumulation politischen Kapitals in den Parteien. Dieser, einer Kandidatenaufstellung vorgeschaltete Prozess erfordert vor allem Ausdauer bei einem kontinuierlichen Engagement in der Parteioorganisation vor Ort. Er versetzt Personen aus bestimmten Berufsgruppen in eine dauerhaft vorteilhaftere Position gegenüber Mitbewerbern, die sogar noch motivierter sein können ein Mandat zu erwerben und es auszuüben. Aber deren investierbare Zeit für parteipolitisches Engagement kann begrenzt sein und deren politikferner Job kann kein individuelles politisches Professionalisierungspotenzial bieten oder zudem auch noch geographische Mobilität abverlangen. ‚Jobs‘ im politischen oder politiknahen Bereich finden sich in Abgeordnetenbüros, Fraktionen, Parteigeschäftsstellen, mit Einschränkungen auch im Öffentlichen Dienst, beispielsweise in einer mit Politik befassten Dienststelle, in der sich ein Beamter für sein politisches Engagement in einem Kommunalparlament während seiner Arbeitszeit freistellen lässt.

Bei diesem Forschungsansatz, der Kandidatenaufstellungen zwar in subjektive Anreiz- und Verteilungsstrukturen eingebettet sieht, gleichwohl aber Objektivierungspotenzial zu deren Typenbildung ausmacht, werden Differenzen zwischen den Parteien zugunsten übergeordneter Typen ausgeblendet. Demnach kennzeichnet sich die Rekrutierung zum Bundestag beim Kreis der Auswählenden durch eine relativ hohe Inklusion und bei den Entscheidungsarenen durch Dezentralität (vgl. dazu auch Schüttemeyer und Sturm 2005; Wiesendahl 2006), wohingegen beispielsweise die Rekrutierung zum Europaparlament in Richtung Exklusion und Zentralität tendiert. Bleibt man bei diesem Beispiel, stehen Kandidatenaufstellungen, die durch Mitgliederversammlungen auf der Wahlkreisebene geprägt sind, solchen gegenüber, die als Delegiertenparteitage auf der Landes- oder der Bundesebene abgehalten werden. Nicht zuletzt durch die – in Deutschland besonders ausgeprägte – Verrechtlichung der Bewerbernominierungen mittels Vorgaben des Wahlrechts und des Parteiengesetzes (vgl. dazu Wolfrum und Schuster 1994; Norris 1997) bilden sich typenspezifische Rekrutierungsbedingungen heraus. Diese mildern parteiinterne ‚Spielregeln‘ ab. Da hier nun aber die Abgeordneten des Bundestages im Zentrum stehen, ist auf parteispezifische Differenzen innerhalb des ‚Kandidatenaufstellungstypus Bundestag‘ einzugehen. So lassen sich Erklärungen für die Unterschiede bei den betrachteten soziostrukturellen Eigenschaften von Abgeordneten in Abhängigkeit ihrer jeweiligen Parteizugehörigkeit finden.

Aus einer longitudinalen Betrachtung allein der Parteimitgliedschaft der Bundestagsabgeordneten lässt sich nur die Entwicklung der Stärkeverhältnisse der Parteien auf der parlamentarischen Wettbewerbsebene des Parteiensystems herauslesen.

Werden jedoch die soziostrukturellen Differenzen mit den Parteimitgliedschaften der Abgeordneten verbunden, rücken die parteispezifischen Rekrutierungseffekte, wie beabsichtigt, in den Fokus. In diesem Zusammenhang wurde bereits auf die Wirksamkeit der so genannten Frauenquoten hingewiesen. Diese gehören zu den „strukturellen Auswahlkriterien“ (Höhne 2013a, S. 267). Sie sind darauf ausgerichtet, strukturell einen Ausgleich zwischen bestimmten innerparteilich als bedeutsam erachteten Kriterien herbeizuführen. Dieser kann formell verbindlich oder aber informell, faktisch deswegen aber nicht weniger bedeutsam herbeigeführt werden. Neben dem Ausgleich zwischen den Geschlechtern ist bei den deutschen Parteien die Abbildung der verschiedenen Parteiregionen auf deren Bewerberlisten wichtig. Daneben spielen weitere Faktoren wie die Repräsentation innerparteilicher Gruppierungen, Strömungen, Flügel und/oder von Jung vs. Alt eine – zwischen den Parteien in ihrer Bedeutung und ihrem Verbindlichkeitscharakter jedoch stärker variierende – Rolle (siehe Höhne 2013a, S. 267-287). Listenplätze oder Wahlkreiskandidaturen für Vorfeldorganisationen der Parteien, bei der SPD bspw. Gewerkschaften, werden kaum noch vorgesehen. Dies ist angesichts der ähnlichen gesellschaftlichen Herausforderungen, mit denen Parteien und andere intermediäre Organisationen konfrontiert sind, nachvollziehbar – konzentriert man sich in einer Phase der Schwäche doch mehr auf die eigenen Probleme. Jedoch nimmt dadurch die Gefahr des ohnehin bestehenden Selbstbezugs der Parteien weiter zu (siehe Höhne 2013a, S. 47, 88f.).

Aber auch dieser Ansatz, der sich auf die geltenden Regeln, die beteiligten Akteure und die Entscheidungen bei den Kandidatenaufstellungen konzentriert, kann nur einen Anteil an einer vollständigen Erklärung für Repräsentationsungleichgewichte beitragen, denn am Anfang der Kette aus Kandidaturwilligen, Kandidaten und Abgeordneten stehen die Mitglieder der Parteien. Sie bilden jedoch längst kein Abbild der Gesellschaft mehr. Beinahe analog zu den weiter oben skizzierten Befunden aus der Abgeordnetensoziologie sind heute bei allen Parteien manche Gruppen über-, andere dagegen unterrepräsentiert (vgl. Niedermayer 2015; Spier et al. 2011). Aufgrund quantitativ sinkender und qualitativ sich abschwächender Parteidentifikationen sind die Abgänge aus den Parteien seit geraumer Zeit höher als die Zugänge (vgl. Biezen und Poguntke 2014). Galt für den Volksparteientypus der 1970er Jahre noch eine breite soziale Basis über alle Bevölkerungsschichten hinweg als konstitutives Merkmal, ist diese gesellschaftliche Repräsentativität seither mehr und mehr verloren gegangen (vgl. Wiesendahl 2013b sowie den Beitrag von Ulrich Eith und Gerd Mielke in diesem Sammelband). In Ostdeutschland, wo nur die PDS in ihrer Anfangszeit über eine Massenmitgliederbasis aus der SED-Zeit verfügte (vgl. Höhne 2016), bestand sie noch nie. Versteht man also die Parteimitglieder als Grundgesamtheit des Pools, aus dem Kandidaten hervorgehen, von denen wie-

derum ein Teil als Abgeordnete gewählt werden, dann nehmen soziostrukturelle Abweichungen zwischen Abgeordneten und der Bevölkerung ihren Anfang beim Parteibeitritt, d. h. lange Zeit vor einer Kandidatenaufstellung.

---

## 5 Fazit und Ausblick

Die soziale Zusammensetzung des Deutschen Bundestages ist die Konsequenz zum einen der parteiinternen Entscheidungen zur Kandidatenaufstellung und zum anderen der politischen Artikulation der Wählerinnen und Wähler, die letztlich bestimmen wie viele Abgeordnete einer Partei einziehen und – im Falle der Direktkandidatenwahl – wer diese sind. Vor diesem institutionell-prozeduralen Hintergrund sind die soziostrukturellen Befunde dieser Analyse einzuordnen. Sie zeigt auf, dass sich die Sozialstruktur der Bundestagsabgeordneten in den vergangenen Jahrzehnten verändert hat: Die politische Klasse wird bezogen auf die Bildungs- und die Berufsstruktur uniformer, zugleich aufgrund ihrer Abhebung von der gesellschaftlichen Basis nach unten hin elitärer, ohne jedoch klassische Eliten in nennenswertem Umfang zu inkludieren.

Das Bildungsniveau der Bundestagsabgeordneten ist weiter angestiegen – ein Trend der sich schon seit den 1970er Jahren vollzieht. Gerade die hohe Promotionsquote von knapp 20 Prozent in den jüngeren Wahlperioden lässt Zweifel aufkommen an der einleitend skizzierten These des sozial beinahe uneingeschränkt offenen legislativen Rekrutierungssystems in Deutschland. Der Befund, dass politiknahe Berufe das zentrale Rekrutierungsfeld sind, deutet auf einen offenbar zunehmenden Selbstbezug der politischen Klasse und damit verbunden auf einen indirekten Diskriminierungseffekt hin. Festhalten lässt sich somit, dass sich die soziale Herkunft von Bundestagsabgeordneten, hier festgemacht vor allem am Bildungsstatus und dem Beruf, aus einer einst breiten gesellschaftlichen Basis herausgelöst hat und auf die Mittelschicht konzentriert. Der Vorberuf vor dem Wechsel in die Abgeordnetenkarriere wird immer stärker im öffentlichen Sektor bzw. im politiknahen Vorfeld- und Vermittlungsbereich ausgeübt.

Die Verengung der legislativen Rekrutierung auf die gut akademisch gebildete und parteipolitisch ausgebildete Mittelschicht hat wie gezeigt mehrere Ursachen. Zum einen verfügen bestimmte Berufsgruppen, insbesondere Beamte oder Angestellte im Öffentlichen Dienst sowie Angestellte aus parteinahen und politischen Organisationen, über erhebliche Vorteile bei einer politischen Karriere, die sie gegenüber Mitbewerbern in eine vorteilhaftere Ausgangsposition versetzen, auch und gerade in einer sich zunehmend flexibilisierenden Arbeitswelt. Abgeordneter zu werden ist

in Deutschland – auch wenn die intensivierete Forschung zu so genannten Seiten- oder Quereinsteigern in der Politik (vgl. Bailer u. a. 2013; Küpper 2013; Lorenz und Micus 2009) Gegenteiliges suggerieren könnte und in neu aufkommenden Parteien gängige Rekrutierungsmuster nicht zum tragen kommen – üblicherweise nach wie vor ein langer Weg, der zudem innerhalb eines abgegrenzten lokalen bzw. regionalen Raumes verläuft (vgl. Bieber 2013). Dieser Weg beginnt Jahre oder manchmal sogar Jahrzehnte vor der eigentlichen Kandidatenaufstellung – die Abgeordneten des derzeitigen Deutschen Bundestages blicken auf eine durchschnittliche Mitgliedschaft in ihrer Partei von 25 Jahren zurück und brauchten ca. 18 Jahre vom Eintritt in die Partei bis zum Einzug in den Bundestag (siehe Kintz 2015, S. 98). In diesem Zeitverlauf wird parteipolitisches Kapital akkumuliert bzw. das Handwerk eines Parteipolitikers mit allen seinen Facetten erlernt. Die dafür notwendigen Ressourcen, insbesondere Zeit und berufliche Stetigkeit an einem Ort, kann und will nicht jeder in gleichem Umfang aufbringen.

Zum anderen – dies verschärft soziale Schiefagen in der Parlamentszusammensetzung weiter – ist die soziale Rekrutierungsbasis in den Parteien schmaler geworden. Der Mitgliederrückgang, ein Erscheinungsbild der Parteien vielerorts wie ein Seniorenclub oder Kleingartenverein, bürokratische interne Abläufe, die ermüdende Beschäftigung mit sich selbst sowie attraktive Konkurrenzangebote zur politischen Partizipation lassen berechtigte Zweifel daran aufkommen, dass die etablierten Parteien aus sich heraus daran substanziell etwas ändern können (vgl. zu dieser Thematik eine aktuelle qualitative Parteimitgliederstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung bei Höhne 2015), auch wenn Parteireformen ein ‚Dauerbrenner‘ in Wissenschaft, Publizistik und Politikberatung sind und dies eine andere Schlussfolgerung nahelegen könnte (vgl. dazu jüngst bspw. Progressives Zentrum 2015 und für einen wissenschaftlichen Überblick Bukow und Poguntke 2013, S. 180, 194-202). Notwendig sind nicht nur Reformanstrengungen in den Parteien, sondern es braucht mehr denn je Bürgerinnen und Bürger, die sich mit oder ohne Parteibuch für die parlamentarische Demokratie einbringen.

Um dies institutionell zu unterstützen, sollte innerhalb und außerhalb der Parteien angesetzt werden. Reformen für mehr Mitwirkung an Kandidatenaufstellungen, insbesondere durch eine weitere Stärkung des Mitgliederprinzips und die vermehrte Einbeziehung von Online-Partizipationsmöglichkeiten, sind die eine Seite der Medaille. Die andere – ebenso wichtige – ist die Schaffung von personellen Auswahlmöglichkeiten bei Parlamentswahlen, insbesondere durch ein Präferenzstimmrecht bei einer Listenwahl. Wahrscheinlichen Bedenken in den Parteien gegenüber diesen Einschnitten bei ihrem Exklusivrecht der Personalrekrutierung für Parlamente kann leicht der Wind aus den Segeln genommen werden, denn

es besteht die Chance, dass sie sich regenerieren und sie mit ihren Vertretern im Parlament wieder dahin rücken, wo sie hingehören: in die Mitte der Gesellschaft.

## Literatur

- Spiegel Online*. „OECD rügt Deutschland für geringe Akademikerrate.“ Accessed March 28, 2016. <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/oecd-ruengt-deutschland-fuer-geringe-akademiker-rate-a-1013694.html>.
- Alemann, Ulrich v., Martin Morlok, and Tim Spier, eds. 2013. *Parteien ohne Mitglieder?* Baden-Baden.
- Arnim, Hans-Herbert. 2014. „Die politische, die wirtschaftliche und die mediale Klasse: Ersticken sie die Bürger?“ In *Volkssouveränität, Wahlrecht und direkte Demokratie*, edited by Hans-Herbert Arnim, 27–32. Berlin.
- , ed. 2014. *Volkssouveränität, Wahlrecht und direkte Demokratie*. Berlin.
- Bailer, Stefanie, Peter Meißner, Tamaki Ohmura, and Peter Selb. 2013. *Seiteneinsteiger im Deutschen Bundestag*. Wiesbaden: Springer VS.
- Beyme, Klaus v. 2001. „Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliedpartei zur Partei der Berufspolitiker.“ In *Parteiendemokratie in Deutschland*, edited by Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, and Richard Stöss, 315–39. Bonn.
- Bieber, Christoph. 2013. „Politik als Beruf 2.0.“ In *Zwischen Macht und Ohnmacht*, edited by Georg Eckert, Leonard Novy, and Dominic Schwickert, 358–67. Wiesbaden.
- Biezen, Ingrid van/Poguntke, Thomas. 2014. The Decline of Membership-based Politics. *Party Politics* 20 (2): 205–216.
- Borchert, Jens. 2003. *Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Borchert, Jens, ed. 1999. *Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien*. Opladen.
- Borchert, Jens, and Lutz Golsch. 1999. „Deutschland: Von der „Honoratiorenzunft“ zur politischen Klasse.“ In *Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien*, edited by Jens Borchert, 114–40. Opladen.
- Bourdieu, Pierre. 2001. *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz: UVK.
- Bukow, Sebastian, and Thomas Poguntke. 2013. „Innerparteiliche Organisation und Willensbildung.“ In *Handbuch Parteienforschung*, edited by Oskar Niedermayer, 179–209. Wiesbaden.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. 2013. „Bevölkerungsentwicklung: Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel.“ Accessed March 28, 2016. [http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschueren/bevoelkerung\\_2013.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=12](http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschueren/bevoelkerung_2013.pdf?__blob=publicationFile&v=12).
- Decker, Frank. 2015. *Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie*. Baden-Baden: Nomos.
- Deutsch, Franziska/Schüttemeyer, Suzanne S. 2003. Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages – 14. und 15. Wahlperiode. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34 (1): 21–32.

- Donovan, Barbara. 2012. "Doppelt Stark? The Role of Gender in the Substantive Representation of Migrants in Germany." Boston, MA, USA, 2012.
- Eckert, Georg, Leonard Novy, and Dominic Schwickert, eds. 2013. *Zwischen Macht und Ohnmacht*. Wiesbaden.
- Edinger, Michael/Jahr, Stefan (Hrsg.). 2015. *Political Careers in Europe. Career Patterns in Multi-Level Systems*. Baden-Baden: Nomos.
- Fritzsche, Lara. 2016. Frauen lauer, in: Süddeutsche Zeitung Magazin, März 2016, S. 14-20.
- Gabriel, Oscar W., ed. 2006. *Eliten in Deutschland: Bedeutung, Macht, Verantwortung*. Bonn.
- Gabriel, Oscar W., Oskar Niedermayer, and Richard Stöss, eds. 2001. *Parteiendemokratie in Deutschla*. Bonn.
- Gallagher, Michael/Marsh, Michael (Hrsg.). 1988. *Candidate Selection in Comparative Perspective. The Secret Garden of Politics*. London: Sage Publications.
- Gast, Henrik. 2014. „Parteien und offene Vorwahlen. Zu kontextspezifischen Wirkungen einer Demokratisierung der Kandidatenauswahl: Großbritannien, Österreich und Island im Vergleich.“ In *Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel*, edited by Ursula Münch, Uwe Kranenpohl, and Henrik Gast, 93–112. Baden-Baden: Nomos.
- Güllner, Manfred. 2013. Nichtwähler in Deutschland. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Hartmann, Michael. 2013. *Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?* Frankfurt a. M.: Campus.
- Hess, Adalbert. 1995. Sozialstruktur des 13. Deutschen Bundestages: berufliche und fachliche Entwicklungslinien. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 26 (4): 567-585.
- Höhne, Benjamin. 2016. „DIE LINKE. Entwicklungsperspektiven zwischen Extremismus, Populismus und Regierungspragmatismus.“ In *Parteienmonitor*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Höhne, Benjamin. 2015. „Demokratie braucht Engagement. Gesellschaftliche und politische Beteiligung in und außerhalb von Parteien aus Sicht von Mitgliedern und Nichtmitgliedern.“ In *Forum Empirische Sozialforschung*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Höhne, Benjamin. 2013a. *Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Höhne, Benjamin. 2013b. „Reform von Kandidatenaufstellungen: fehlende Realisierungspotenziale in Parteien.“ In *Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest*, edited by Oskar Niedermayer, Benjamin Höhne, and Uwe Jun, 177–203. Wiesbaden.
- Höhne, Benjamin. 2010. „Strukturmuster, Selektionsprämissen und Resultate von Kandidatenaufstellungen zu Bundestags- und Europawahlen in Deutschland. Eine längsschnitt- und querschnittanalytische Objektivierung subjektiver Anreiz- und Verteilungsstrukturen.“ In *Parteien als fragmentierte Organisationen: Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse*, edited by Uwe Jun and Benjamin Höhne, 85–121. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Jun, Uwe. 2013. „Typen und Funktionen von Parteien.“ In *Handbuch Parteienforschung*, edited by Oskar Niedermayer, 119-44. Wiesbaden: VS Verlag.
- Jun, Uwe, and Benjamin Höhne, eds. 2010. *Parteien als fragmentierte Organisationen: Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse*. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich.

- Kahrs, Horst. 2012. Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte. STUDIEN, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Keil, Silke I., and Isabell S. Thaidigsmann, eds. 2013. *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kintz, Melanie. 2015. "Many New Faces but Nothing New? The Sociodemographic and Career Profiles of German Bundestag Members in the Eighteenth Legislative Period." In *The Merkel Republic: An Appraisal*, edited by Eric Langenbacher, 92–102. Oxford, NY: Berghahn.
- Kintz, Melanie. 2014. Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages – 18. Wahlperiode. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (3): 582-595.
- Kintz, Melanie. 2012. Doppelquoten – ein Vorteil für ostdeutsche Parlamentarierinnen? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43 (4): 738-753.
- Kintz, Melanie. 2011. Recruitment to Leadership Positions in the German Bundestag, 1994-2006, Dissertation, Western Michigan University, Paper 428, <http://scholarworks.wmich.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1430&context=dissertations>.
- Kintz, Melanie. 2010. Die Berufsstruktur der Abgeordneten des 17. Deutschen Bundestages, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41 (3): 491-503.
- Kintz, Melanie. 2006. Daten zur Berufsstruktur des 16. Deutschen Bundestages. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (3): 461-470.
- Krook, Mona Lena/Norris, Pippa. 2014. Beyond Quotas: Strategies to Promote Gender Equality in Elected Office. *Political Studies* 62 (1): 2-20.
- Küpper, Moritz. 2013. *Politik kann man lernen. Politische Seiteneinsteiger in Deutschland*. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.
- Langenbacher, Eric, ed. 2015. *The Merkel Republic: An Appraisal*. Oxford, NY: Berghahn.
- Leibholz, Gerhard. 1958. *Strukturprobleme der modernen Demokratie*. Karlsruhe: Verlag C. F. Müller.
- Lehmann, Pola, Sven Regel, and Sara Schlote. 2015. „Ungleichheit in der politischen Repräsentation. Ist die Unterschicht schlechter repräsentiert?“ In *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, edited by Wolfgang Merkel, 157–80. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.). 2014. *Ungleichheit und politische Repräsentation*. Baden-Baden: Nomos.
- Lorenz, Robert/Micus, Matthias (Hrsg.). 2009. *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang, ed. 2015. *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, Wolfgang. 2015. „Die Herausforderungen der Demokratie.“ In *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, edited by Wolfgang Merkel, 7–42. Wiesbaden.
- Meyer, Birgit. 2003. Much ado about Nothing? Political Representation Policies and the Influence of Women Parliamentarians in Germany. *Review of Policy Research* 20 (3): 401-421.
- Münch, Ursula, Uwe Kranenpohl, and Henrik Gast, eds. 2014. *Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel*. Baden-Baden: Nomos.
- Neu, Viola. 2016a. Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016, Wahlanalyse und vorläufiges Endergebnis. Konrad-Adenauer-Stiftung, o. O.

- Neu, Viola. 2016b. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016, Wahlanalyse und vorläufiges Endergebnis. Konrad-Adenauer-Stiftung, o. O.
- Neu, Viola. 2012. „„Dann bleib ich mal weg“. Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler“. In *Forum Empirische Sozialforschung*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Niedermayer, Oskar. 2015. Parteimitgliedschaften im Jahre 2014. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46 (2): 371-395.
- Niedermayer, Oskar, ed. 2013. *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar, Benjamin Höhne, and Uwe Jun, eds. 2013b. *Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest*. Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar. 2011. Parteimitglieder in Deutschland: Version 2011, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 18, S. 1-50; <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/ahosz18.pdf>, Abruf am 28.03.2016.
- Norris, Pippa. 2006. Recruitment, in: Katz, Richard S./Crotty, William (Hrsg.): *Handbook of Party Politics*, edited by Richard Katz and William Crotty, S. 89-108. London u. a.,
- Norris, Pippa, ed. 1997. *Passages to Power: Legislative Recruitment in Advanced Democracies*. Cambridge.
- Norris, Pippa; Franklin, Mark. 1997. Social Representation. *Special Issue of the European Journal of Political Research* 32 (2): 185-210.
- Petersen, Thomas; Hierlemann, Dominik; Vehrkamp, Robert B.; Wratil, Christopher. 2013. *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*, Gütersloh.
- Pitkin, Hanna Fenichel. 1967. *The Concept of Representation*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Pokorny, Sabine. 2016a. „Aktivität ist ansteckend. Soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern“. In *Forum Empirische Sozialforschung*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Pokorny, Sabine. 2016b. Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 13. März 2016, Wahlanalyse und vorläufiges Endergebnis. Konrad-Adenauer-Stiftung, o. O.
- Progressives Zentrum. 2015. *Die Partei 2025. Impulse für zukunftsfähige politische Parteien*, Berlin.
- Rahat, Gideon. 2009. Which Candidate Selection Method is the Most Democratic? *Government and Opposition* 44 (1): 68-90.
- Rahat, Gideon; Hazan, Reuven Y. 2001. Candidate Selection Methods. An Analytical Framework. *Party Politics* 7 (3): 297-322.
- Rebenstorf, Hilke; Weßels, Bernhard. 1989. Wie wünschen sich die Wähler ihre Abgeordneten? Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Problem der sozialen Repräsentativität des Deutschen Bundestages. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 20 (3): 408-424.
- Reiser, Marion. 2014. The Universe of Group Representation in Germany: Analysing Formal and Informal Party Rules and Quotas in the Process of Candidate Selection. *International Political Science Review* 35 (1): 55-66.
- Rule, Wilma. 1994. Women's Underrepresentation and Electoral Systems. *Political Science and Politics* 27 (4): 689-692.
- Rütters, Peter. 2014. Zum Sozialprofil der deutschen Abgeordneten nach der Wahl zum Europäischen Parlament 2014. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (3): 566-581.
- Sahner, Heinz. 1995. Sozialstruktur und Lebenslagen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Hallesche Graureiher 95-6. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale).

- Sandri, Giulia; Seddone, Antonella; Venturino, Fulvio (Hrsg.). 2015. *Party Primaries in Comparative Perspective*. London/New York: Routledge.
- Schäfer, Armin. 2015. *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Schmidt, Manfred, and Reimut Zohlnhöfer, eds. 2006. *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*. Wiesbaden.
- Schmitz, Constanze/Wüst, Andreas M. 2011. Was bewegt Politiker mit Migrationshintergrund? Befunde aus deutschen Großstädten. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42 (4): 850-862.
- Schöne, Helmar. 2010. „Ungewählte Repräsentanten? Aufgaben, Selbstverständnis und Karrieren von Fraktionsmitarbeitern im Deutschen Bundestag.“ In *Analyse demokratischer Regierungssysteme*, edited by Klemens H. Schrenk, 321-34. Wiesbaden.
- Schrenk, Klemens H., ed. 2010. *Analyse demokratischer Regierungssysteme*. Wiesbaden.
- Schüttemeyer, Suzanne S.; Sturm, Roland. 2005. Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36 (3): 539-553.
- Spier, Tim, Markus Klein, Ulrich v. Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher, and Katharina Rohrbach. 2011. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2013. Auszüge aus dem Datenreport 2013: Bevölkerung und Bevölkerungsentwicklung, zuletzt abgerufen am 28. März 2016 unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2013Kap1.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2013Kap1.pdf?__blob=publicationFile), Abruf am 28.03.2016.
- Statistisches Bundesamt. 2014. Mikrozensus: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen in Deutschland; [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/Beruf-ArbeitsbedingungErwerbstaetigen2010412147004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/Beruf-ArbeitsbedingungErwerbstaetigen2010412147004.pdf?__blob=publicationFile), Abruf am 28.03.2016.
- Statistisches Bundesamt/Der Bundeswahlleiter (Hrsg.). 2014. Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, H. 5, Teil 1, Textliche Auswertung (Wahlergebnisse), Wiesbaden.
- Thaa, Winfried. 2015. Die Krise demokratischer Repräsentation als Krise ihrer konfigurativen Funktion, in: Heinrich Böll Stiftung, Stiftungsverbund, Policy Paper No. 10.
- Vetter, Angelika. 2013. „Kumulieren, Panaschieren und die Beteiligung der Bürger an kommunalen Wahlen.“ In *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung*, edited by Silke I. Keil and Isabell S. Thaidigsmann, 237-56. Wiesbaden.
- Weber, Max. 1921. Politik als Beruf (1919), in: Ders.: *Gesammelte Politische Schriften*, München, S. 396-450.
- Weßels, Bernhard. 1997. „Germany.“ In *Passages to Power: Legislative Recruitment in Advanced Democracies*, edited by Pippa Norris, 76-96. Cambridge.
- Wiesendahl, Elmar. 2013a. „Restlaufzeiten der Parteiendemokratie.“ In *Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest*, edited by Oskar Niedermayer, Benjamin Höhne, and Uwe Jun, 9-42. Wiesbaden.
- Wiesendahl, Elmar. 2013b. „Kein Frischblut mehr. Anmerkungen zur Erforschung der Nachwuchskrise der Parteien.“ In *Parteien ohne Mitglieder?* edited by Ulrich v. Alemann, Martin Morlok, and Tim Spier, 79-125. Baden-Baden.

- Wiesendahl, Elmar. 2006. Rekrutierung von Eliten in der Parteiendemokratie. Wer sind die Besten und setzen sie sich in den Parteien durch?, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Eliten in Deutschland. Bedeutung, Macht, Verantwortung*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 94-113.
- Willems, Ulrich/Winter, Thomas von (Hrsg.). 2000. *Die politische Repräsentation schwacher Interessen*. Opladen: Leske & Budrich.
- Wolfrum, Rüdiger/Schuster, Gunnar (Hrsg.). 1994. *Verfahren der Kandidatenaufstellung und der Wahlprüfung im europäischen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- Wüst, Andreas M./Schmitt, Hermann/Gschwend, Thomas/Zittel, Thomas. 2006. Candidates in the 2005 Bundestag Election: Mode of Candidacy, Campaigning and Issues. *German Politics* 15 (4): 420-438.
- Zeuner, Bodo. 1970. *Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese*. Den Haag: Martinus Nijhoff.